=======Newsletter März 2024 der FREIEN WÄHLER Werra-Meißner========

Liebe Mitglieder und Freunde der FREIEN WÄHLER Werra-Meißner, heute liegt Ihnen der Newsletter des Monats März 2024 vor. <u>Folgende Themen werden heute angesprochen:</u>

- 1. Neues Wahlkreisbüro am Nikolaiplatz in Eschwege
- 2. Neue Stromleitungen SuedwestLink und NordwestLink durch den Werra-Meißner-Kreis: Berichtsantrag unserer Fraktion am 20.3. im Kreistag
- 3. Urteil des Verwaltungsgericht Kassel für Andreas Hölzel gegen den ehemaligen Kreistagsvorsitzenden Dieter Franz (SPD)
- 4. Verschiedenes

Zu 1: Seit einigen Tagen finden die Vorbereitungen zur Einrichtung und Gestaltung unseres neuen Wahlkreisbüros am Nikolaiplatz in Eschwege statt. Am 13. April wird es für die interessierte Öffentlichkeit mit einem Einweihungsfest vorgestellt. Zur Einweihung kommen neben den FREIE-WÄHLER-Kreispolitikerinnen und -politikern auch unser Landesvorsitzende und Europaabgeordnete Engin Eroglu. Bitte merken Sie diesen Termin vor und besuchen Sie das Wahlkreisbüro am 13. April ab 11 Uhr. Für das leibliche Wohl ist selbstverständlich bei guten Gesprächen gesorgt.

Zu 2: In einem Bericht der örtlichen Presse vom 7. Februar wurde die neue Planung zweier Stromtrassen (Nordwest- und SuedwestLink) auch durch den Werra-Meißner-Kreis kurz vorgestellt. Diese Leitungen transportieren künftig den grünen Strom der Onshore-Windenergie in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie Offshore in der Nordsee nach Baden-Württemberg. Durch das neue beschleunigte Verfahren bleibt betroffenen Kommunen wenig Zeit zur Stellungnahme zu den Planungen der neuen Stromtrassen DC41 und DC42, und eine Bürgerbeteiligung ist gar nicht mehr vorgesehen. Dabei sind die Eingriffe der geplanten Trasse mit einer Breite von 80 Metern nicht unerheblich. In der Darstellung der Presse wurde der Verlauf über Blickershausen, Gertenbach, Hubenrode, Kleinalmerode, Ellingerode, Roßbach, Dohrenbach, Gut Fahrenbach, Hundelshausen, Meißnervorland und Hilgershausen genannt. Danach sei der Planungsverlauf über Frankenhain, Frankershausen, Vockerode, Germerode, Rodebach, Harmuthsachsen, Waldkappel, Friemen, Rechtebach und Turnhosbach über Berneburg in den Landkries Hersfeld-Rotenburg vorgesehen.

Als FREIE-WÄHLER-Fraktion können wir schwer nachvollziehen, dass solche die Natur und Menschen betreffenden gravierenden Planungen ohne Bürgerbeteiligung durchgeführt werden und beantragten deshalb im Kreistag eine konkrete Berichterstattung durch die Betreiber.

Die Menschen in unserem Landkreis haben keinen Anschluss und keinen Vorteil durch die neuen Erdkabel, aber Natur und Grundstücke werden nicht nur während der langen Bauzeit belastet, und unsere Bürgerrechte werden zudem beschnitten, man wird noch nicht einmal angehört.

<u>Wir meinen</u>: Während Bundespolitiker über viele Jahre die Entwicklung verschlafen haben, soll nun alles mit der Brechstange durchgesetzt werden. Deshalb wollen wir nun wenigstens Konkretes wissen.

Zu 3): Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel war der Entzug des Rederechts vom 22.3.2019 gegenüber Abgeordneten Andreas Hölzel rechtswidrig. Hölzel klagte gegen den ehemaligen Kreistagsvorsitzenden Dieter Franz (SPD), den er nun nach über 4 Jahren gewonnen hat. Dieser hatte ihm damals einfach das Wort entzogen, was er aber nicht gedurft hätte, wie jetzt gerichtlich festgestellt wurde. Das Urteil liegt uns inzwischen schriftlich mit Begründung vor. "Der Entzug des Wortes des Klägers war rechtswidrig und hat den Kläger in der Ausübung seines Rederechts als Kreistagsabgeordneter verletzt", urteilte jetzt das Verwaltungsgericht Kassel, das in der Begründung festhält, dass Franz auch gegen die eigene Geschäftsordnung des Kreistages verstoßen hat. Das Rederecht zähle zu den elementaren Rechten der Kreistagsabgeordneten bei der Ausübung des freien kommunalen Mandats, stellt das Gericht fest. Und weiter: "Damit dient das Rederecht des Kreistagsabgeordneten unmittelbar der Erfüllung staatlicher Aufgaben und hat eine überragende Bedeutung für die einheitliche politische Willensbildung." Mit dem Wortentzug gehe eine Ungleichbehandlung Hölzels gegenüber seinen Vorrednern einher. "Das Gericht verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf, dass der Kreistagsvorsitzende Franz (SPD) dem Kreistagsabgeordneten Quanz (SPD), der sich ebenfalls nicht unmittelbar auf die Sachfragen des Tagesordnungspunktes bezogen habe, über eine wesentlich längere Zeit die freie Rede gewährt habe" so Andreas Hölzel, der vor dem Verwaltungsgericht vom Eschweger Rechtsanwalt Thomas Harmony vertreten wurde.

Wir meinen: Gerichtlich ist nun festgestellt: Gleiches Recht für alle! (Wussten wir aber damals schon.)

Zu 4): Am 4.3. ist Ausschusstag des Kreistages in der Stadthalle Eschwege, am 20.3. Kreistagssitzung. Schauen Sie mal rein! Besucher sind willkommen!